

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für  
Planungsangelegenheiten am 12.10.2010**

***öffentlich***

---

**Ort:**  
**Stadthaus, Kleiner Saal**  
**06108 Halle (Saale)**

**Zeit:**                      **17:00 Uhr bis 20:15 Uhr**

**Anwesenheit:**            **siehe Teilnehmerverzeichnis**

**Anwesend sind:**

Herr Lothar Dieringer	parteilos	
Herr Frank Sänger	CDU	
Herr Michael Sprung	CDU	bis 19:30 Uhr
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.	ab 17:25 Uhr
Herr Olaf Sieber	DIE LINKE.	
Herr Robert Bonan	parteilos	
Herr Thomas Felke	SPD	
Martina Wildgrube	FDP	
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	
Herr Christian Feigl	SKE	
Herr Ingo Kautz	SKE	bis 19:30 Uhr
Frau Undine Klein	SKE	
Herr Rainer Köhne	SKE	
Herr Dieter Lehmann	SKE	
Herr Dieter Schika	SKE	ab 17:15 Uhr
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	SKE	
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Uwe Heft	parteilos	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Claudia Cappeller	SKE	

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Bericht zum Verfahrensstand Sanierungsgebiet "Historischer Altstadt kern"
- 4.1. Bericht zur Sanierung des Plattenbaubestandes der HWG in der Altstadt
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Neufassung der Stellplatzsatzung der Stadt Halle (Saale)  
- Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss  
Vorlage: V/2010/09057
- 5.2. Baubeschluss Ufersicherung im Bereich MMZ/Gaststätte "Saalekahn" und Bau eines Anlegers für Fahrgastschiffe  
Vorlage: V/2010/09064
- 5.3. Nachtragssatzung, Nachtragshaushaltsplan 2010 und Haushaltskonsolidierungskonzept  
Vorlage: V/2010/09122
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sicherung städtebaulich und denkmalpflegerisch bedeutsamer Gebäude  
Vorlage: V/2010/09087
- 6.2. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion "Rote Liste bedrohter Denkmale "  
Vorlage: V/2010/09081
- 6.3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Ausweisung einer Spielfläche im Glaucha-Viertel  
Vorlage: V/2010/09072
- 6.4. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Radwegverbindung zwischen Dölau und Nietleben  
Vorlage: V/2010/08956
- 6.5. Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU) zur bedarfsgerechten Verteilung von Spielplätzen im Stadtgebiet  
Vorlage: V/2010/08798
- 6.5.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU) zur bedarfsgerechten Verteilung von Spielplätzen im Stadtgebiet  
Vorlage: V/2010/08843
7. schriftliche Anfragen von Stadträten
- 7.1. Anfrage der Stadträtin Martina Wildgrube (FDP-Stadtratsfraktion) zu einem evtl. Fußgängerüberweg  
Vorlage: V/2010/09216
8. Mitteilungen
- 8.1. mündliche Information zum Hermes-Areal
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

## zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

verteilt wurden zur Sitzung als Tischvorlagen

- Beantwortung der Anfrage von Herrn Wehrich aus der Sitzung des PA am 10.08.2010 zur Ersatzbrücke an der Eissporthalle
- Vorschlag der Verwaltung zu Top 6.5 und 6.5.1 – modifizierter Beschlussvorschlag
- zu Top 6.4 – Stellungnahme der Verwaltung
- Beantwortung der Anfrage von Frau Wildgrube zu einem Fußgängerüberweg Universitätsring/ Große Ulrichstraße
- Verwaltungsgerichtsbeschluss zu dem Einzelhandelsvorhaben in Brehna
- Information zur „Profilierung des Programms Stadtumbau Ost ab 2010“

**Herr Sängler** eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit sowie die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

---

es wurden zusätzlich auf die To aufgenommen:

Top 5.3 Nachtragssatzung, Nachtragshaushaltsplan 2010 und Haushaltskonsolidierungskonzept Vorlag-Nr. V/2010/09122

Top 8.1 mündliche Mitteilung zum Hermes-Areal

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

## zu 3 Genehmigung der Niederschrift

---

Herr Sieber bat, Top 10 Anregungen (Herr Sprung.....) wie folgt zu ändern:

„Herr Sieber regte an, die Waldstraße im Kreuzungsbereich Blumenauweg fortführend bis Dörlau zu beleuchten, hier fehlt die Beleuchtung teilweise völlig.“

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

## zu 4 Bericht zum Verfahrensstand Sanierungsgebiet "Historischer Altstadt kern"

---

### zu 4.1 Bericht zur Sanierung des Plattenbaubestandes der HWG in der Altstadt

---

Top 4 und 4.1 wurden gemeinsam diskutiert

**Frau Grimmer** und **Herr Lunebach** berichteten zu Top 4.

**Herr Mettin** von der HWG stellte den Stand der Plattenbausanierungen in der Altstadt und angrenzenden Innenstadt vor.

**Herr Lunebach** kündigte für das erste HJ 2011 eine Vorlage zur Fortschreibung der Sanierungsziele an. In diesem Zusammenhang werden auch notwendige Prioritäten zu entscheiden sein.

**Herr Kautz** fragte nach dem Stand der Sanierung des Objektes Oleariusstr. 9 (Gutjahrbrunnen)?

**Herr Dr. Wahlen** (HWG) antwortete, dass ein umfangreiches Bergbaugutachten erstellt wurde und ein Fördermittelantrag in Bearbeitung ist.

**Herr Kautz** wollte wissen, ob die DSK noch als Sanierungsträger für die Stadt arbeitet?

**Frau Grimmer** antwortete, dass der Vertrag mit der DSK fortgeführt wird und die DSK die Sanierungsvorhaben als Sanierungsbeauftragte begleitet.

**Frau Schlüter-Gerboth** fragte, welche Einzeldenkmale seit 1993 abgerissen wurden?

*Die Verwaltung antwortet schriftlich.*

**Herr Feigl** bat darum, den Bericht der Verwaltung zur Sanierung in der Altstadt den Fraktionen zur Verfügung zu stellen. *Die Verwaltung sagte dies zu.*

Er stellte folgende Fragen:

Wie hoch ist zukünftig die Fördermittelsumme im Jahr?

Welche Förderprogramme kommen zum Einsatz?

Wie ist die Verteilung zwischen Hochbau und Straßenbau? Im Hochbau werden private Mittel eingesetzt im Straßenbau nicht. Dieses sollte geändert werden und die Priorität des Fördermitteleinsatzes auf den Hochbau konzentriert werden, um Denkmale zu retten.

**Herr Lunebach** antwortete, dass keine Auskunft über die Höhe der Fördermittel in den kommenden Jahren möglich ist. Für das Jahr 2010 liegt noch kein Fördermittelbescheid vor. Es ist zu hoffen, dass das Fördermittelniveau gleich bleibt.

Private Vorhaben werden bereits vorrangig gefördert. Ein 100%iger Einsatz der Fördermittel im Hochbau ist nicht sinnvoll, da die Gestaltung des Wohnumfeldes eine große Rolle spielt. Schwierig zu sanierende Gebäude werden nicht unbedingt durch die Ausreichung von Fördermitteln vom Eigentümer saniert.

Die Diskussion über Prioritäten soll im Jahr 2011 beginnen.

**Herr Felke** würdigte die Sanierungsleistungen und -erfolge. Er sprach sich dafür aus, Eigentümer stärker für eine Sanierung (auch im Innenstadtbereich) zu motivieren bzw. neue Interessenten zu finden (Bsp. Glaucha).

Die Wohnungsunternehmen könnten eine neue Gruppe von Investoren mit mehr Interesse an der Innenstadtsanierung bilden. Es sollte überlegt werden, wie diese von der Verwaltung unterstützt werden können.

**Herr Dr. Köck** äußerte seine Sorge, dass die HWG finanziell an ihre Grenzen stößt. Z. B. sei der Firmensitz ein aufwendig sanierter Prestigebau. Welche Nutzungsaussichten gibt es für andere Spezialimmobilien im Bestand der HWG?

**Herr Dr. Wahlen** antwortete, dass betriebswirtschaftliche Erwägungen bei der Wahl des Firmensitzes Priorität hatte. Ein Drittel der Immobilie wird fremd vermietet.

**Herr Lehmann** regte an, auch im Paulusviertel die Straßen mit Fördermitteln zu sanieren, denn dort würden umfangreiche ungefördernde private Investitionen in Größenordnungen getätigt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Kenntnis genommen

## **zu 5      Beschlussvorlagen**

---

### **zu 5.1      Neufassung der Stellplatzsatzung der Stadt Halle (Saale) - Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss Vorlage: V/2010/09057**

---

**Herr Lunebach** erläuterte die Gründe für die Neufassung der Stellplatzsatzung.

**Herr Weihrich** fragte nach der Begründung für die Eingrenzung der Zone II zugunsten der Zone III? Dies würde eine Reduzierung der Einnahmen für die Stadt bedeuten.

**Herr Lunebach** fügte hinzu „der möglichen Einnahmen der Stadt“. Die Stadtumbaurealität hat die derzeitigen Abgrenzungen der Zone II teilweise überholt (z. B. Silberhöhe). Die Änderung der Zonengrenzen wird dem ISEK und den derzeitigen Investitionsvorhaben angepasst.

**Herr Dr. Hannuschka** informierte zu den Ablösebeträgen und sagte, dass die meisten Projekte unter den Fall der ersten acht ablösefreien Parkplätze fallen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen 9

Enthaltungen 1

einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt, die Satzung der Stadt Halle (Saale) über die Herstellung notwendiger Stellplätze für Kraftfahrzeuge und über die Erhebung von Ablösebeträgen (Stellplatzsatzung) neu aufzustellen.
2. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf der Satzung der Stadt Halle (Saale) über die Herstellung notwendiger Stellplätze für Kraftfahrzeuge und über die Erhebung von Ablösebeträgen (Stellplatzsatzung) in der Fassung vom 15. September 2010.
3. Der Entwurf der Stellplatzsatzung in der Fassung vom 15. September 2010 sowie die Begründung zum Entwurf in gleicher Fassung sind nach § 85 Absatz 3 Satz 2 Bauordnung Land Sachsen-Anhalt (BauO LSA) in Verbindung mit § 3 Absatz 2 BauGB öffentlich auszulegen.

**zu 5.2 Baubeschluss Ufersicherung im Bereich MMZ/Gaststätte "Saalekahn" und Bau eines Anlegers für Fahrgastschiffe  
Vorlage: V/2010/09064**

---

**Herr Heinz** gab eine Einführung.

**Herr Sprung** fragte, wer für die Natursteinstützmauer an der dem MMZ gegenüberliegenden Uferseite zuständig ist?

**Herr Gunkel** antwortete, dass dies die Stadt ist.

**Herr Feigl** fragte, warum die Stadt das Grundstück mit der eingefallenen Stützmauer zurückgekauft hat und für die Sanierung GA-Mittel einsetzt? Diese hätten auch für den Saale-  
radwanderweg genutzt werden können.

**Herr Gunkel** antwortete, dass der Kaufvertrag noch nicht abgewickelt war vor dem Einsturz der Mauer. Die Ufersicherung auf dem Territorium des „Saalekahn“ ist bereits erfolgt. Die aufgeführten Grunderwerbskosten beziehen sich auf Vermessungsausgaben. Eine Förderung der Sanierung der Stützmauer wäre ohne die Gestaltungsmaßnahme Bootsanleger nicht möglich gewesen.

**Herr Felke** fragte nach der Stellungnahme des Wasser- und Schifffahrtsamtes in Bezug auf eine ausreichende Breite der Saale in Höhe des zu errichtenden Bootsanlegers?

**Herr Gunkel** erläuterte, dass der Bootsanleger zurückgesetzt wird. Die Fahrrinne bleibt erhalten. Dies ist mit dem Wasser- und Schifffahrtsamt und den Reedereien abgestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt die vorliegende Planung zur Ufersicherung im Bereich MMZ und den in dieser Verbindung geplanten Bau eines Anlegers für Fahrgastschiffe. Unter der Voraussetzung, dass die beantragten Fördermittel (GA-touristische Infrastruktur) bewilligt werden, wird dem Bau des Projektes zugestimmt.

**zu 5.3 Nachtragssatzung, Nachtragshaushaltsplan 2010 und Haushaltskonsolidierungskonzept  
Vorlage: V/2010/09122**

---

**Herr Lander** gab einen kurzen Überblick für die Änderungen, die das Dezernat II betreffen.

**Herr Wehrich** fragte, wie es möglich ist, bei der Straßenbeleuchtung von einer Einsparung in Höhe von 600 T€ auszugehen, wenn der Vertrag mit der EVH noch gar nicht abgeschlossen ist?

**Herr Heinz** erläuterte, dass dies ein möglicher Konsolidierungsbeitrag ist und nur möglich, wenn innerhalb eines kurzen Zeitraumes Investitionen getätigt werden, die zu einer Strom-einsparung führen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgte für den Zuständigkeitsbereich des Planungsausschusses.

Ja-Stimmen 7

Nein-Stimmen 1

Enthaltungen 2

mehrheitlich zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt die Nachtragssatzung und den Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010 sowie das Haushaltskonsolidierungskonzept der Stadt Halle (Saale).
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, zur Finanzierung des erforderlichen Nachfinanzierungsbedarfs in Höhe von 668.300 EUR – die kommunalaufsichtliche Genehmigung vorausgesetzt - Darlehen im Rahmen des Konjunkturprogramms II bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt zu den angebotenen Konditionen aufzunehmen.

**zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 6.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sicherung städtebaulich und denkmalpflegerisch bedeutsamer Gebäude  
Vorlage: V/2010/09087**

---

Top 6.1 und 6.2 wurden gemeinsam diskutiert

**Herr Lunebach** erläuterte das bereits vorhandene Gebäudesicherungsmanagement.

**Herr Wehrich** forderte eine andere Kommunikation nach außen, keine Änderung der Vorgehensweise der Verwaltung.

**Herr Feigl** sagte, dass es nicht das Ziel der Anträge ist, das Förderprogramm für Glaucha außer Kraft zu setzen. Er schlug vor, einen Arbeitskreis zu bilden, bestehend aus Verwaltung, Vereinen, Verbänden und Eigentümern, der Wege sucht, um Gebäude zu retten.

**Herr Lunebach** sagte, dass der Umgang im Altstadtbereich vom Gründerzeitbereich getrennt betrachtet werden muss. Eine Sanierung von mehr Gebäuden als bisher ist nur mit einer wesentlich höheren Gesamtfördersumme möglich.

**Herr Dr. Hannuschka** erläuterte den bauordnungsrechtlichen Aspekt von Sicherung, Erhaltung und Abriss ruinöser Gebäude.

**Herr Felke** schlug vor, neben der Stadtverwaltung die Institution eines Eigentümermoderators einzurichten.

**Herr Dieringer** hielt die Forderungen der Anträge für nicht konsequent genug. Wie werden z. B. die Gebäude nach der Sanierung genutzt?

**Herr Wehrich** sagte, dass größere Anstrengungen notwendig sind. Das Prioritätensetzungsprogramm müsse über das Territorium der Altstadt hinaus aufgestellt werden, um zusätzliche Fördermittel lenken zu können.

**Frau Wildgrube** hielt beide Anträge für vernünftig, um noch mehr Gebäude erhalten zu können. Es müssten noch mehr Kontakte zu Eigentümern zwecks einer umfassenden Information selbiger hergestellt werden.

**Herr Dr. Köck** sagte, dass die Meinung der halleschen Bevölkerung über den Erhalt oder Abriss von Gebäuden mit einbezogen werden muss.

**Herr Feigl** sah drei Schwerpunkte:

1. feststellen, welche Gebäude wichtig sind,

2. Diskussion über Wege zur Sanierung
3. ein Programm, das Mittel hilfreich zur Seite stellt.

Dieses soll parallel zu Glaucha bestehen.

**Herr Lunebach** sagte, dass die Zielrichtung von Verwaltung und Antragsteller dieselbe ist, nur die Wege dorthin sind verschieden.

Mit sehr großem Aufwand (Auftragsvergabe) kann eine Liste aller baufälligen Gebäude und deren Zustand dokumentiert werden. Ein Eigentümermoderator ist wichtig, aber ohne Fördermittel uneffektiv. Er warnte vor einer Zersplitterung der Fördermittel über die gesamte Stadt. Es muss systematisch vorgegangen werden.

**Herr Sänger** schlug vor, die Anträge als erste Lesung zu betrachten und im nächsten PA weiter zu diskutieren.

**Herr Weihrich** und **Herr Felke** waren damit einverstanden.

**Frau Lohöfener** sagte, dass eine Liste der gefährdeten Denkmale mit Bestandserfassung vorhanden ist. Wenn diese mit dem Denkmalamt abgestimmt ist, wird sie den Fraktionen zur Verfügung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

vertagt

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat bis zur Sitzung im Dezember 2010 ein Programm zur Sicherung städtebaulich und/oder denkmalpflegerisch bedeutsamer Gebäude in Halle vorzulegen (Gebäudesicherungsprogramm). Das Programm soll insbesondere eine Prioritätenliste entsprechender Gebäude, d.h. Gebäude, um deren Erhalt sich vorrangig bemüht werden soll sowie einen Vorschlag für die finanzielle Ausstattung des Programms ab dem Haushaltsjahr 2011 umfassen.

---

**zu 6.2     Antrag der SPD-Stadtratsfraktion "Rote Liste bedrohter Denkmale "**  
**Vorlage: V/2010/09081**

---

siehe Top 6.1

**Abstimmungsergebnis:**

vertagt

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie im Rahmen einer „Roten Liste“ eine Bestandsaufnahme aller vom Verfall bedrohten Baudenkmäler in Halle zu erstellen.

Diese Liste soll gleichzeitig als Prioritätenliste zur Schadensbegrenzung dienen und ein Ranking der Baudenkmäler nach

(a) Grad der Gefährdung sowie (b) Bedeutung beinhalten.

Geklärt werden sollen in diesem Zusammenhang dabei auch die Besitzverhältnisse sowie eventuell notwendige Notreparaturen.

---

**zu 6.3     Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Ausweisung einer Spielfläche im Glaucha-Viertel**  
**Vorlage: V/2010/09072**

---

**Herr Weihrich** sagte, dass der Antrag im Jugendhilfeausschuss geändert wurde. „Am Steg“ wurde gestrichen. Er fragte, ob die Ausweisung „einer geeigneten Spielfläche“ möglich ist?

**Frau Neubert** stimmte dem zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Dem geänderten Beschluss wurde einstimmig zugestimmt.

**Beschlussvorschlag:**



Die Stadtverwaltung wird beauftragt im Jahr 2011 im Glaucha-Viertel eine geeignete Spielfläche am Steg auszuweisen und zu überprüfen, wie diese Spielfläche mit geringem finan-  
ziellem Aufwand bedarfsgerecht für Kinder hergerichtet werden kann.

**geänderter Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt im Jahr 2011 im Glaucha-Viertel eine geeignete Spielfläche auszuweisen und zu überprüfen, wie diese Spielfläche mit geringem finan-  
ziellem Aufwand bedarfsgerecht für Kinder hergerichtet werden kann.

**zu 6.4 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Radwegverbindung zwischen  
Dörlau und Nietleben  
Vorlage: V/2010/08956**

---

**Herr Felke** konnte die Ansicht der Verwaltung nicht teilen. Das Bauministerium sei der Mei-  
nung, dass auf lange Sicht vom derzeitigen Stand auszugehen ist. Damit ist die einzig mögli-  
che Variante, den Radweg neben der Straße anzuordnen.

**Herr Lunebach** sagte, dass zu den juristischen Aspekten im nichtöffentlichen Teil gespro-  
chen wird.

**Herr Sieber** fragte, warum weitere Varianten diskutiert werden, wenn ein Gutachten aus  
dem Jahr 2008 die straßenbegleitende Variante bevorzugte und nicht die Variante auf der  
Bahnstrecke?

**Herr Möbius** sagte, dass Varianten als Alternative zur Bahntrassen untersucht wurden für  
den Fall, dass die Bahntrasse nicht zur Verfügung steht.

**Abstimmungsergebnis:**

zurückgestellt bis eine Entscheidung zur Bahnstrecke ersichtlich ist

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat möge beschließen

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen für einen Radweg zwischen den Stadtteilen  
Dörlau und Nietleben parallel zur Heidestraße/Salzmünder Straße umzusetzen und dem  
Stadtrat zeitnah einen entsprechenden Baubeschluss vorzulegen.

**zu 6.5 Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU) zur bedarfsgerech-  
ten Verteilung von Spielplätzen im Stadtgebiet  
Vorlage: V/2010/08798**

---

Top 6.5 und 6.5.1 wurden gemeinsam behandelt.

**Abstimmungsergebnis:**

**Herr Felke** und **Herr Hildebrandt** erklärten sich mit dem durch die Verwaltung geänderten  
Beschlussvorschlag einverstanden.

Dem geänderten Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt.

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für eine bedarfsgerechte Verteilung von Spielplätzen in  
allen Stadtteilen von Halle zu sorgen. Dabei sind folgende Kriterien anzulegen:

- a) Die Stadtverwaltung legt eine Aktualisierung der 2006 beschlossenen Spielflächen-  
konzeption (IV/2005/05176) bis zur Stadtratssitzung im Januar 2011 vor.
- b) In dieser legt die Stadtverwaltung dar, wann und wie die bestehende Unterversor-  
gung in den priorisierten Stadtteilen endlich abgebaut werden soll.

**geänderter Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für eine bedarfsgerechte Verteilung von Spielplätzen in  
allen Stadtteilen von Halle zu sorgen. Dabei sind folgende Kriterien anzulegen:

1. Die Stadtverwaltung legt eine Aktualisierung der 2006 beschlossenen Spielflächen-  
konzeption (IV/2005/05176) bis zur Stadtratssitzung im **Juni 2011** vor.
- 2.a) Dabei soll ein Bericht zum Stand der Umsetzung der Ziele des Konzepts von 2006  
enthalten sein sowie eine Analyse der Veränderung des Bedarfs in den einzelnen Sozi-

- alräumen seit 2006 einbezogen werden,
- b) diese Bedarfsbetrachtung altersgruppenspezifisch (0-6 Jahre, 6-10 Jahre, 10-16 Jahre) angelegt sein,
- c) dargestellt werden, wann und wie die Unterversorgung in den einzelnen Stadtteilen abgebaut werden soll.
- d) Der Bericht zum Zustand und zur Beispielbarkeit der vorhandenen Spielplätze in Auswertung der Arbeit der Spielplatzdetektive erfolgt durch den Kinder- und Jugendrat im Dezember 2010 im Jugendhilfeausschuss und im Januar 2011 im Planungsausschuss.

**zu 6.5.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU) zur bedarfsgerechten Verteilung von Spielplätzen im Stadtgebiet**  
**Vorlage: V/2010/08843**

**Abstimmungsergebnis:**

**Herr Felke** und **Herr Hildebrandt** erklärten sich mit dem durch die Verwaltung geänderten Beschlussvorschlag einverstanden.

Dem geänderten Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt.

**Beschlussvorschlag:      Der Stadtrat möge beschließen:**

1. In Zeile 1 des Beschlussvorschlages wird „gleichmäßige“ durch „bedarfsgerechte“ ersetzt.
2. „Dabei sind folgende Kriterien anzulegen:“ wird ersetzt durch „Die Stadtverwaltung legt eine Aktualisierung der 2006 beschlossenen Spielflächenkonzeption (IV/2005/05176) bis zur Stadtratssitzung im August 2010 vor. Dabei soll:
  - a) ein Bericht zum Stand der Umsetzung der Ziele des Konzepts von 2006 enthalten sein sowie eine Analyse der Veränderung des Bedarfs in den einzelnen Sozialräumen seit 2006 einbezogen werden,
  - b) diese Bedarfsbetrachtung altersgruppenspezifisch (0-6 Jahre, 6-10 Jahre, 10-16 Jahre) angelegt sein,
  - c) dargestellt werden, wann die Unterversorgung in den einzelnen Stadtteilen abgebaut werden soll.“
4. Punkt b) des Antrages wird als Punkt g) an den neuen Text angefügt.
5. Es wird ein Punkt 2. mit folgendem Wortlaut angefügt. „Die Verwaltung wird beauftragt, im Herbst 2010 einen Bericht zum Zustand und zur Frequentierung der vorhandenen Spielplätze im Stadtgebiet vorzulegen, der die Arbeit der „Spielplatzplatzdetektive“ des Kinder- und Jugendrates einbezieht.“

**geänderter Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für eine bedarfsgerechte Verteilung von Spielplätzen in allen Stadtteilen von Halle zu sorgen. Dabei sind folgende Kriterien anzulegen:

1. Die Stadtverwaltung legt eine Aktualisierung der 2006 beschlossenen Spielflächenkonzeption (IV/2005/05176) bis zur Stadtratssitzung im **Juni 2011** vor.
- 2.a) Dabei soll ein Bericht zum Stand der Umsetzung der Ziele des Konzepts von 2006 enthalten sein sowie eine Analyse der Veränderung des Bedarfs in den einzelnen Sozialräumen seit 2006 einbezogen werden,
- b) diese Bedarfsbetrachtung altersgruppenspezifisch (0-6 Jahre, 6-10 Jahre, 10-16 Jahre) angelegt sein,
- c) dargestellt werden, wann und wie die Unterversorgung in den einzelnen Stadtteilen abgebaut werden soll.
- d) Der Bericht zum Zustand und zur Beispielbarkeit der vorhandenen Spielplätze in Aus-

wertung der Arbeit der Spielplatzdetektive erfolgt durch den Kinder- und Jugendrat im Dezember 2010 im Jugendhilfeausschuss und im Januar 2011 im Planungsausschuss.

- zu 7**            **schriftliche Anfragen von Stadträten**  
**zu 7.1**         **Anfrage der Stadträtin Martina Wildgrube (FDP-Stadtratsfraktion) zu einem evtl. Fußgängerüberweg**  
**Vorlage: V/2010/09216**
- 

**Frau Wildgrube** erklärte sich mit der Antwort der Verwaltung einverstanden.

- zu 8**            **Mitteilungen**  
**zu 8.1**         **mündliche Information zum Hermes-Areal**
- 

**Herr Lunebach** informierte zum Hermes – Areal.

Wegen rechtlicher Änderungen gibt es zwei Möglichkeiten, das Verfahren weiterzuführen:

1. Umwandlung in einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan,
2. stark differenzierte Festsetzungen in einem Angebotsbebauungsplan.

Die Verwaltung befürwortet die 1. Variante.

Der Vorhabenträger wird sich für eine der Varianten entscheiden.

**Herr Feigl** fragte, ob die Verwaltung trotz des Einzelhandelsgutachtens das Vorhaben weiterführen will?

**Herr Lunebach** antwortete, dass die Verwaltung auch im entschädigungsrechtlichen Sinne bei diesem Vorhaben Meinungszurückhaltung üben muss. Es wird weder eine positive noch eine negative Meinung der Verwaltung geäußert. Der Stadtrat ist frei in seiner Entscheidung.

## **zu 9**            **Beantwortung von mündlichen Anfragen**

- **Herr Dieringer** fragte nach der Beantwortung seines Prüfauftrages in Bezug auf die Einbeziehung des halleschen Handwerkes bei der Aufstellung von Fahrradbügeln?

**Herr Lunebach** antwortete, dass gemäß Vergaberecht, das hallesche Handwerk nicht bevorzugt werden darf. Es wird geprüft, ob eine Beantwortung bereits im PA März 2010 erfolgt ist.

- **Herr Feigl** fragte, ob bekannt ist, dass die Ausschilderung des Saaleradwanderweges am Bahnhof mit Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe des Landes Sachsen-Anhalt gefördert werden kann?

*Die Verwaltung sagte eine schriftliche Antwort zu.*

- **Herr Felke** fragte, wann zu der 1. Zusammenkunft für die Diskussion des verkehrspolitischen Leitbildes eingeladen wird?

**Herr Möbius** antwortete, dass die Veranstaltung am 10.11.2010 um 16 Uhr im Stadthaus stattfindet. Die Einladungen werden zeitnah verschickt.

## **zu 10**         **Anregungen**

Es gab keine Anregungen.

Für die Richtigkeit:      Datum: 20.10.10

---

Frau Schmiedehaus  
Protokollführerin

Herr Lunebach  
Amtsleiter

Herr Säger  
Vorsitzender